

Internationales Privatrecht einschließlich Grundzüge des Internationalen Verfahrensrechts

Examenskurs für Rechtsreferendare

von

Dr. Rainer Hüßtege, Alexander Ganz

5. Auflage

Internationales Privatrecht einschließlich Grundzüge des Internationalen Verfahrensrechts – Hüßtege / Ganz

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Internationales Privatrecht



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 63552 6

beck-shop.de

Internationales Privatrecht

einschließlich Grundzüge des
Internationalen Verfahrensrechts

Examenskurs für Rechtsreferendare

von

Dr. Rainer Hüßtege

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht München
Ehemaliger nebenamtlicher Arbeitsgemeinschaftsleiter für
Rechtsreferendare beim LG München I

Alexander Ganz

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht
Nebenamtlicher Arbeitsgemeinschaftsleiter beim LG Mannheim

5., überarbeitete und erweiterte Auflage



Verlag C.H. Beck München 2013

beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 63552 6

© 2013 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim
Satz: Uhl + Massopust GmbH, Aalen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 5. Auflage

Dieser Band aus der Reihe „Examenskurs für Rechtsreferendare“ wendet sich an diejenigen, die im 2. Juristischen Staatsexamen das Berufsfeld „Justiz“ oder „Europarecht und Internationales Privatrecht“ gewählt haben.

An der Universität wurde das Internationale Privat- und Verfahrensrecht nur von wenigen Studenten gewählt, so dass Kenntnisse dieser Fachgebiete zu Beginn der Ausbildung im Berufsfeld nur bei wenigen Referendaren vorhanden sind. In den Monaten zwischen dem schriftlichen Teil des 2. Juristischen Staatsexamens und der mündlichen Prüfung bleibt jedoch oft nicht genügend Zeit, sich mit dem Pflichtstoff des gewählten Berufsfelds zu befassen.

Diese Lücke will dieser Band schließen. Er baut auf den für diese Berufsfelder von der vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz eingesetzten Arbeitsgruppe erstellten Ausbildungs- und Stoffplänen auf und vermittelt sowohl im Internationalen Privatrecht als auch im Internationalen Verfahrensrecht das Grundwissen, das für einen erfolgreichen Abschluss des Assessorexamens notwendig ist.

Da sich seit dem Erscheinen der 4. Auflage sowohl die Rechtsprechung als auch die Gesetzgebung fortentwickelt haben, waren zahlreiche Änderungen und Erweiterungen gegenüber der Voraufgabe notwendig. So mussten die Rom I-VO, die Rom II-VO und die Rom III-VO, zahlreiche neue EU-Verordnungen zum internationalen Verfahrens- und Vollstreckungsrecht und das FamFG berücksichtigt werden. Vorausschauend ist auch die beabsichtigte Aufhebung von Art 17 Abs. 1 EGBGB a.F. berücksichtigt worden. Im internationalen Unterhaltsrecht ist durch das Inkrafttreten der Verordnung (EG) 4/2009 des Rates über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen und des AUG, mit dem zugleich Art. 18 EGBGB aufgehoben wurde, der wiederum durch das Haager Unterhaltsprotokoll 2007 ersetzt wurde, fast kein Stein auf dem anderen liegen geblieben, sodass hier besonders auf diese Neuerungen einzugehen war.

Mit der vorliegenden Neuauflage musste wegen der zahlreichen gesetzlichen Änderungen das Autorenteam erweitert werden.

Rechtsanwalt Ganz hat die Bearbeitung des Kollisionsrechts und VRiOLG Dr. Hüßtege diejenige des internationalen Verfahrensrechts übernommen.

Auf Grund unserer langjährigen Erfahrung in der Aus- und Fortbildung bei Rechtsreferendaren und Rechtsanwälten und als Prüfer im 2. Juristischen Staatsexamen (Dr. Hüßtege) sind uns die in den angesprochenen Berufsfeldern gestellten Anforderungen bekannt. Deshalb konnten wir unsere in der Ausbildung gewonnenen Erfahrungen in diesem Band umsetzen. Auf Grund der zumeist geringen Vorkenntnisse im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht ist bei der Stofffülle in den Berufsfeldern ein zielorientiertes Lernen notwendig. Hierbei soll dieser Band mit seinen Prüfungsschemata unterstützend helfen.

Aber auch Studierende an der Universität, die sich mit dem Internationalen Privat- und Verfahrensrecht befassen, sollen mit diesem Band angesprochen werden. Denn die Erfahrung zeigt, dass gerade dieser Personenkreis mit der praktischen Anwendung des Internationalen Privatrechts große Probleme hat.

Der Schwerpunkt der Darstellung ist nicht die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den verschiedensten Lehrmeinungen zu den Problemen des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts, sondern die prüfungsorientierte Darstellung der Materie.

Da mit diesem Band ausschließlich nur die praktische Anwendung des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts behandelt werden soll, wurde auf die geschichtliche Entwicklung des Internationalen Privatrechts verzichtet. Der interessierte Leser wird insoweit auf die klassischen Lehrbücher zum Internationalen Privatrecht verwiesen.

Zusätzliches Vorwort

Als hinzugetretener Mitautor möchte ich mich den Leserinnen und Lesern vorstellen:

Besondere Freude und Herausforderung ist es mir, bei der Bearbeitung eines Werkes mitzuwirken, das mir als Student den Zugang zum Internationalen Privat- und Verfahrensrecht eröffnet hatte. Auch während meiner Mitarbeit am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg bei Prof. Dr. h.c. mult. Erik Jayme in den Jahren 1995–2000 habe ich hierauf immer dann zurückgegriffen, wenn ich einmal vor „lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen konnte“. Die Gefahr, den Überblick zu verlieren, ist nicht zuletzt wegen der massiven Änderungen im internationalen Familienrecht und anstehender Neuerungen im internationalen Erbrecht heute größer denn je. Umso wichtiger bleibt es, den Überblick zu behalten und das Verständnis für die Grundprinzipien des Internationalen Privat- und Verfahrensrechtes zu schärfen, was das wesentliche Anliegen dieses Buches ist. Die Beschäftigung mit der Materie ist in jedem Falle lohnend. Sie ist nicht nur ausbildungs- und damit prüfungsrelevant, sondern auch zunehmend praxisrelevant, wie sich im Anwaltsberuf sowie bei meiner Tätigkeit im Rahmen der Anwaltsfortbildung immer wieder zeigt.

Mannheim, im September 2012

Alexander Ganz

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
1. Kapitel: Einleitung	1
A. Grundbegriffe	1
I. Internationales Privatrecht	1
II. Kollisionsnormen	1
III. Statut	1
1. Personalstatut	2
2. Erbstatut	2
3. Vertragsstatut	2
4. Deliktstatut	2
B. Gesetzliche Grundlagen	3
I. Internationale Verträge	3
II. EGBGB	3
C. Abgrenzungen	3
I. Internationales Einheitsrecht	4
II. Internationales Zivilprozessrecht	4
III. Interlokales Recht	4
IV. Intertemporales Recht	5
V. Europarecht	5
VI. Internationales Strafrecht	5
VII. Rechtsvergleichung	5
2. Kapitel: Aufbau des EGBGB	6
3. Kapitel: Prüfungsschema	8
A. Vorbemerkung	8
B. Aufbauschema	8
I. Grundschema	8
II. Prüfungsschema	8
4. Kapitel: Erläuterung des Prüfungsschemas	11
A. Allgemeines	11
B. Verweisung	11
I. Qualifikation	11
1. Lex-foi-Qualifikation	12
2. Lex-causae-Qualifikation	12

3. Autonome oder rechtsvergleichende Qualifikation	12
4. Funktionelle Qualifikation	13
II. Vorrang des Europarechts/Vorrang von staatsvertraglichen Kollisionsnormen	14
1. Regelungen der Europäischen Gemeinschaft (Art. 3 Nr. 1 a)–d) EGBGB)	14
2. Regelungen in völkerrechtlichen Vereinbarungen/Staatsverträgen (Art. 3 Nr. 2 EGBGB)	14
III. Sonderregeln	15
IV. EGBGB	15
1. Übergangsrecht	15
2. Anwendbare Kollisionsnorm	16
3. Klärung der Anknüpfungstatbestände	17
a) Staatsangehörigkeit	17
aa) Staatsangehörigkeitsgesetze.	17
bb) Deutsche Staatsangehörigkeit.	17
cc) Volksdeutsche Flüchtlinge.	18
dd) Internationale Flüchtlinge.	18
ee) Die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit	18
ff) Doppel- und Mehrstaater	18
b) Gewöhnlicher Aufenthalt	19
4. Erstfrage	20
C. Anwendung fremden Rechts	20
I. Ermittlung fremden Rechts	20
II. Gesamtnormverweisung	22
1. Rückverweisung	23
2. Weiterverweisung	24
3. Unteranknüpfung bei Mehrrechtsstaaten	24
4. Qualifikationsverweisung	26
III. Sonderstatut (Art. 3 a Abs. 2 EGBGB)	26
IV. Anwendung fremden Rechts	28
1. Vorfragen	28
a) Selbständige Anknüpfung	28
b) Unselbstständige Anknüpfung	29
c) Vermittelnde Lösung	29
2. Anpassung	30
D. Ordre Public (Art. 6 EGBGB)	30
1. Ausnahmenvorschrift	31
2. Voraussetzungen	31
3. Folgen	32
5. Kapitel: Internationales Verfahrensrecht	33
A. Internationale Zuständigkeit	33
I. Begriff	33
1. Zuständigkeitsprüfung	33
2. Umfang der Internationalen Zuständigkeit	34
II. Abgrenzung	34
1. Deutsche Gerichtsbarkeit	34
2. Zuständigkeiten	34
III. Anwendbares Verfahrensrecht	35
IV. Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	37
1. Vorrang von EU-Verordnungen und Staatsverträgen	37
a) EuGVVO	37
b) Verhältnis zu anderen EU-Rechtsakten	38

aa) Verhältnis der VO 44/2001 zur Verordnung Nr. 805/2004 des Rates zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen	38
bb) Verhältnis der VO 44/2001 zur Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens	38
cc) Verhältnis der VO 44/2001 zur Verordnung Nr. 861/2007 des europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen	39
dd) Dänemark	39
c) Verhältnis zum Luganer Übereinkommen	39
d) Familienrecht	39
2. Auslegung der EU-Verordnungen	40
3. VO (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen	40
a) Prüfungsschema für die EuGVVO	40
b) Anwendungsbereich	41
aa) Zeitlich	41
bb) Räumlich	41
cc) Persönlich	41
dd) Ungeschriebene Anwendungsvoraussetzungen	42
ee) Sachlich	42
ff) Subsidiarität	43
c) Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	43
aa) Allgemeiner Gerichtsstand (Art. 2 EuGVVO)	43
bb) Besonderer Gerichtsstand (Art. 5–7 EuGVVO)	44
cc) Sonstige Gerichtsstände (Art. 8–21 EuGVVO)	50
4. Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000	66
a) Prüfungsschema für die EuEheVO	66
b) Anwendungsbereich	67
aa) Zeitlicher Anwendungsbereich	67
bb) Räumlicher Anwendungsbereich	67
cc) Sachlicher Anwendungsbereich	67
dd) Persönlicher Anwendungsbereich	68
c) Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	68
aa) Ehesachen (Art. 3–7 EuEheVO)	68
bb) Elterliche Verantwortung (Art 8 ff. EuEheVO)	72
cc) Einstweilige Maßnahmen (Art. 20 EuEheVO)	76
dd) Doppelte Rechtshängigkeit	76
5. Verordnung (EG) 4/2009 des Rates über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen vom 18. Dezember 2008 (EuUntVO)	78
a) Neuregelung des internationalen Unterhaltsrechts	78
b) Rechtsgrundlage	78
c) Verhältnis zu anderen Regelungen	78
aa) Verhältnis zu Dänemark	78
bb) Verhältnis zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30.10.2007 (LGVÜ II; ABl. 2009, L 147, 5)	78
cc) Verhältnis zur Verordnung Nr. 805/2004 des Rates zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen	78
dd) Verhältnis zur Verordnung Nr. 861/2007 des europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen	79
ee) Verhältnis zur Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens	79

ff) Verhältnis zum nationalen Recht	79
gg) Verhältnis zu den Haager Unterhaltübereinkommen 1956 und 1973	79
d) Prüfungsschema	79
e) Anwendungsbereich	80
aa) Zeitlich	80
bb) Sachlich	80
cc) Räumlicher Anwendungsbereich	81
dd) Persönlicher Anwendungsbereich	81
ee) Ungeschriebene Anwendungsvoraussetzungen	81
ff) Subsidiarität	81
f) Internationale Zuständigkeit (Art. 3 ff EuUntVO)	81
aa) Gerichtsstandsvereinbarung (Art. 4 EuUntVO)	81
bb) Allgemeiner Gerichtsstand (Art. 3 EuUntVO)	82
cc) Rügelelose Einlassung (Art. 5 EuUntVO)	82
dd) Auffangzuständigkeit (Art. 6 EuUntVO) und Notzuständigkeit (Art 7 EuUntVO)	82
ee) Abänderungsantrag (Art. 8 EuUntVO)	83
ff) Einstweilige Maßnahmen (Art. 14 EuUntVO)	83
gg) Doppelte Rechtshängigkeit (Art. 9, 12, 13 EuUntVO)	83
6. Autonome Regeln	83
a) Grundregel	83
b) Ausnahmen von der Grundregel	84
aa) § 23 ZPO	84
bb) Ehe und Lebenspartnerschaftssachen	84
cc) Scheidungsfolgesachen i. S. von § 137 FamFG	85
dd) Kindschaftssachen	85
ee) Abstammungssachen und Adoptionssachen	85
ff) Versorgungsausgleichssachen	86
gg) Betreuungs-, Unterbringungssachen und Pflegschaftssachen für Erwachsene	86
hh) Weitere Ausnahmen	86
c) Ausschluss der Internationalen Zuständigkeit	86
aa) Wesenseigene Zuständigkeit	86
bb) Forum non conveniens	87
d) Gerichtsstandsvereinbarungen	87
e) Rügelelose Einlassung	88
V. Prüfungsschema zur Bestimmung der IZ	88
 B. Anerkennung ausländischer Entscheidungen	 88
I. Gesetzliche Grundlagen	89
II. Voraussetzungen	89
1. EU-Verordnungen/Staatsverträge	89
a) EuGVVO/LGVÜ II	89
aa) Ordre public (Art. 34 Nr. 1 EuGVVO)	90
bb) Verletzung von Verfahrensvorschriften bei einseitigen Verfahren (Art. 34 Nr. 2 EuGVVO)	90
cc) Unvereinbarkeit mit einer inländischen Entscheidung (Art. 34 Nr. 3 EuGVVO)	91
dd) Unvereinbarkeit mit einer früheren Mitglied- oder Drittstaatsentscheidung (Art. 34 Nr. 4 EuGVVO)	92
b) EuEheVO	92
aa) Grundsätzliches	92
bb) Ehesachen	93
cc) Elterliche Verantwortung	93
c) EuUntVO	94
d) EuMVVO	94
e) EuGFVO	95
f) KSÜ	95

g) Europäisches Sorgerechtsübereinkommen	95
h) Haager Erwachsenenschutzübereinkommen	95
2. Autonomes Recht	95
a) Grundsatz der Anerkennung	95
b) Anerkennungshindernisse	96
aa) § 328 Abs. 1 Nr. 1 ZPO/§ 109 Abs. 1 Nr. 1 FamFG	96
bb) § 328 Abs. 1 Nr. 2 ZPO/§ 109 Abs. 1 Nr. 2 FamFG	96
cc) § 328 Abs. 1 Nr. 3 ZPO/§ 109 Abs. 1 Nr. 3 FamFG	96
dd) § 328 Abs. 1 Nr. 4 ZPO/§ 109 Abs. 1 Nr. 4 FamFG	97
ee) § 328 Abs. 1 Nr. 5 ZPO/§ 109 Abs. 4 FamFG	97
c) Anerkennung einer ausländischen Ehescheidung	97
C. Vollstreckung ausländischer Entscheidungen	99
I. Internationale Zuständigkeit für das Zwangsvollstreckungsverfahren	99
II. Anwendbares Vollstreckungsrecht	100
1. Exequaturverfahren	100
2. Entfallen des Exequaturverfahrens	100
III. EuVTVO	101
1. Allgemeines	101
2. Anwendungsbereich der EuVTVO	102
3. Abgrenzung zu anderen Verordnungen	103
4. Bestätigung einer Entscheidung als Europäischer Vollstreckungstitel	103
a) Vollstreckbarkeit im Ursprungsmitgliedstaat (Buchst. a)	104
b) Kein Widerspruch zu Kapitel II Abschnitte 3 oder 6 der EuGVVO (Buchst. b)	104
c) Kein Widerspruch zu den Vorschriften des Kapitel III der EuVTVO im Falle eines fehlenden Widerspruchs des Schuldners gegen die Forderung oder im Falle eines Versäumnisurteils (Buchst. c)	104
d) Europäischer Vollstreckungstitel gegen Verbraucher (Buchst. d)	104
e) Mindestvorschriften für Verfahren über unbestrittene Forderungen (Art. 12 ff. EuVTVO)	104
f) Verfahren zur Erteilung der Bestätigung als Europäischer Vollstreckungstitel	106
g) Vollstreckungsverfahren im Vollstreckungsmitgliedstaat	108
IV. Verfahren zur Erteilung der Vollstreckungsklausel	108
1. Verfahren nach dem AVAG	108
2. EuEheVO i. V. m. IntFamRVG	110
a) Vorrang der Art. 40 ff. EuEheVO	110
b) Verfahren nach Art. 28 ff. EuEheVO	111
3. EuUntVO i. V. m. AUG	111
4. KSÜ	112
5. Europäisches Sorgerechtsübereinkommen	112
6. Haager Erwachsenenschutzübereinkommen	112
V. Verfahren zur Vollstreckbarerklärung	112
1. Vollstreckungsurteil nach §§ 722, 723 ZPO	112
2. Vollstreckungsbeschluss nach § 110 FamFG	112
D. Rechtshilfe	113
I. Europarecht	113
II. Staatsverträge	113
III. HKÜ	114
1. Allgemeines	114
2. Prüfungsschema	114
3. Einschränkung durch Art. 11 EuEheVO	115

6. Kapitel: Internationales Familienrecht	117
A. Kollisionsnormen	117
1. Verlöbnis	117
2. Eheschließung (Art. 13 EGBGB)	117
a) Formelle Eheschließungsvoraussetzungen	117
aa) Grundsatz für die in Deutschland geschlossene Ehe: Inlandsehe erfordert Inlandsform	117
bb) Ausnahme (Art. 13 Abs. 3 Satz 2 EGBGB)	118
cc) Eheschließung im Ausland (Art. 11 Abs. 1 EGBGB)	118
b) Sachliche Eheschließungsvoraussetzungen (Art. 13 Abs. 1 u. Abs. 2 EGBGB)	119
3. Allgemeine Ehewirkungen (Art. 14 EGBGB)	120
a) Qualifikation	120
b) Vorrangige Rechtswahl	120
c) Anknüpfung ohne Rechtswahl	121
4. Güterrecht (Art. 15 EGBGB)	122
a) Qualifikation	122
b) Vorrangige Rechtswahl	123
c) Regelanknüpfung	124
d) Güterstatut und Grundbuchrecht	125
e) Übergangsrecht (Art. 220 Abs. 3 EGBGB)	125
aa) Beendete Ehe	126
bb) Noch andauernde Ehe	126
cc) Besonderheiten	126
f) Ausblick: Rom IV-VO	127
5. Scheidung und Scheidungsfolgen (Rom III-VO und Art. 17 EGBGB n.F.)	128
a) Anwendungsbereich Rom III-VO	130
aa) Sachlicher Anwendungsbereich	130
bb) Zeitlicher Anwendungsbereich (Art. 21 Rom III-VO)	130
cc) Räumlicher Anwendungsbereich (Art. 4 Abs. 1 Rom III-VO)	130
dd) Verhältnis zu bestehenden internationalen Übereinkommen (Art. 19 Rom III-VO)	130
b) Ermittlung des anwendbaren Rechts nach der Rom III-VO	131
aa) Vorrangige Rechtswahl (Art. 5 Rom III-VO)	131
bb) Objektive Anknüpfung mangels Rechtswahl (Art. 8 Rom III-VO)	132
cc) Spezieller ordre public (Art. 10 Rom III-VO)	133
dd) ordre public (Art. 12 Rom III-VO)	133
c) Scheidungsfolgen, insbesondere Versorgungsausgleich	133
aa) Nichtspezifisch geregelte Scheidungsfolgen	133
bb) Spezifisch geregelte Scheidungsfolgen	134
6. Eingetragene Lebenspartnerschaft (Art. 17 b EGBGB)	135
7. Unterhalt	135
a) Anwendungsbereich	135
aa) Zeitlicher Anwendungsbereich des Haager Protokolls vom 23.11.2007	135
bb) Sachlicher Anwendungsbereich (Art. 1 HUP)	136
cc) Räumlicher Anwendungsbereich	136
b) Unterhaltsstatut	136
aa) Sachnormverweisung	136
bb) Rechtswahl	136
cc) Allgemeines Unterhaltsstatut (Art. 3 HUP)	138
dd) Sonderregeln zu Gunsten bestimmter berechtigter Personen (Art. 4 HUP)	138
ee) Sonderregeln für Ehegattenunterhalt (Art. 5 HUP)	138
ff) Regressansprüche öffentlicher Einrichtungen (Art. 10 HUP)	139
gg) Geltungsbereich des Unterhaltsstatuts (Art. 11 HUP)	139
hh) Ordre public (Art. 13 HUP)	139
8. Abstammung (Art. 19 EGBGB)	139
9. Anfechtung der Abstammung (Art. 20 EGBGB)	140
10. Wirkungen des Eltern-Kind-Verhältnisses	141

a) Überblick zum KSÜ	141
b) MSA	142
c) Art. 21	142
11. Annahme als Kind (Art. 22 EGBGB)	142
12. Vormundschaft, Betreuung und Pflegschaft (Art. 24 EGBGB)	143
13. Name (Art. 10 EGBGB)	143
 7. Kapitel: Internationales Erbrecht	145
A. Anwendbares Erbrecht (Art. 25 EGBGB)	145
1. Eingeschränkte Rechtswahlfreiheit (Art. 25 Abs. 2 EGBGB)	145
2. Erbstatut im Regelfall (Art. 25 Abs. 1 EGBGB)	146
3. Umfang des Erbstatuts	147
4. Erbstatut und Sachenrecht	148
5. Erbstatut und Güterrecht	148
 B. Formstatut (Art. 26 EGBGB)	148
C. Statutenwechsel (Art. 26 Abs. 5 S. 1 EGBGB)	150
D. Übergangsrecht (Art. 220 Abs. 1 EGBGB)	150
E. Internationale Zuständigkeit	150
1. Aufhebung des Gleichlaufgrundsatzes	150
 F. Erbscheinverfahren	151
1. Grundsätzliches	151
2. Inhalt des Erbscheins	151
a) Erbscheinsarten	151
aa) Eigenrechtserbschein	151
bb) Gegenständlich beschränkter Erbschein (§ 2369 BGB)	151
b) Testamentvollstreckerzeugnis	152
 H. Anerkennung ausländischer Erbscheine	152
I. Erbrechtliche Besonderheiten im anglo-amerikanischen Rechtskreis	153
J. Ausblick: Europäische Erbrechtsverordnung	153
1. Anwendungsbereich	153
2. Internationale Zuständigkeit nach der EuErbVO	154
3. Anwendbares Recht nach der EuErbVO	154
a) Rechtswahl	154
b) Objektive Anknüpfung	155
c) Engere Verbindung	155
d) Grundsatz: Sachnormverweisung	155
e) Reichweite des anzuwendenden Rechts	155
f) Erbverträge	155
g) Verfügungen von Todes wegen mit Ausnahme von Erbverträgen	155
h) Materielle Wirksamkeit von Verfügungen von Todes wegen	156
4. Formgültigkeit schriftlicher Verfügungen von Todes wegen	156
5. Europäisches Nachlasszeugnis	156

8. Kapitel: Internationales Vertragsrecht	157
A. Verpflichtungsgeschäft im IPR und Sonderanknüpfung	157
B. Bestimmung der einzelnen Statuten	157
1. Anwendungsbereich der Rom I-VO	157
a) Zeitlicher Anwendungsbereich	158
b) Räumlicher Anwendungsbereich	158
c) Konkurrierende Staatsverträge	158
d) Verhältnis zu anderen Gemeinschaftsrechtsakten	158
e) Sachlicher Anwendungsbereich	158
2. Ermittlung des Vertragsstatuts nach der Rom I-VO	159
a) Vorrangige Rechtswahl	159
aa) Binnensachverhalte	160
bb) Binnenmarktsachverhalte	160
cc) Weitere Einschränkungen	160
dd) Konkludente Rechtswahl	162
ee) Form	163
ff) Zeitpunkt der Rechtswahl	163
gg) Teilrechtswahl	163
b) Bestimmung des Vertragsstatuts ohne Rechtswahl	164
aa) Vorrangige Sonderregelungen in Art. 5, 6, 7, 8 Rom I-VO	164
bb) Vorliegen einer Regelanknüpfung nach Art. 4 Abs. 1 Buchst. a–h Rom I-VO	166
cc) Anknüpfung an die vertragscharakteristische Leistung (Art. 4 Abs. 2 Rom I-VO)	166
dd) Art. 4 Abs. 4 Rom I-VO: Anknüpfung an die engste Verbindung	167
ee) Art. 4 Abs. III Rom I-VO: Ausweichklausel	167
c) Eingriffsnormen (Art. 9 Rom I-VO)	168
d) Reichweite des Vertragsstatuts (Art. 12 Rom I-VO)	168
aa) Auslegung	168
bb) Erfüllung	169
cc) Nichterfüllung und Leistungsstörungen	169
dd) Arten des Erlöschens	169
ee) Nichtigkeit	169
ff) Culpa in Contrahendo	169
gg) Beweisfragen	169
2. Form (Art. 11 Rom I-VO)	170
3. Rechts- und Geschäftsfähigkeit (Art. 7 EGBGB)	170
a) Natürliche Personen	171
b) Vereine, juristische Personen und Gesellschaften	171
aa) Theorienstreit	171
bb) Art. XXV Abs. 5 Satz 2 des Freundschafts-, Handels und Schiffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 29.10.1954	172
cc) Einfluss der Niederlassungsfreiheit auf die Sitzverlegung	172
dd) Folgen aus der Rechtsprechung des EuGH für die Sitzverlegung	173
ee) Reichweite des Gesellschaftsstatuts	174
4. Vertretung und Vollmacht	174
a) Geschäftsführungsbefugnis	174
b) Vertretungsmacht	174
aa) Gesetzliche Vertretungsmacht	175
bb) Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht	175
cc) Form	175
C. Einheitliches Kaufrecht	175

9. Kapitel: Außervertragliche Schuldverhältnisse	179
A. Einführung	179
I. Verhältnis Art. 38 bis 42 EGBGB zur Rom II-VO	179
II. Aufbau und Regelungsinhalt der Rom II-VO	179
B. Ungerechtfertigte Bereicherung	181
I. Anknüpfung nach Art. 38 EGBGB	181
1. Rechtswahl (Art. 42 EGBGB)	181
2. Leistungskondiktion (Art. 38 Abs. 1 EGBGB)	182
3. Nichtleistungskondiktion	182
II. Anknüpfung nach Art. 10 Rom II-VO	182
C. Geschäftsführung ohne Auftrag	183
1. Anknüpfung nach Art. 39 EGBGB	183
2. Anknüpfung nach Art. 11 Rom II-VO	183
D. Deliktsrecht	184
I. Art. 40 ff. EGBGB	184
1. Qualifikation	184
2. Rechtswahl	185
3. Tatortrecht	185
4. Auflockerung des Deliktsstatuts	186
5. Rück- und Weiterverweisungen	186
6. Prüfungsschema	186
7. Einzelne Deliktstypen	187
a) Straßenverkehrsunfälle, andere Unfälle	187
b) Produzentenhaftung	187
c) Wettbewerbsverstöße	187
d) Umweltschäden	187
e) Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechtes	188
II. Deliktsstatut nach der Rom II-VO	188
1. Überblick	188
2. Allgemeine Kollisionsnormen Art. 4 Rom II-VO	188
a) Rechtswahl (Art. 14 Rom II-VO)	189
b) Gewöhnlicher Aufenthalt in demselben Staat (Art. 4 Abs. 2 Rom II-VO)	189
c) Erfolgsort (Art. 4 Abs. 1 Rom I-VO)	189
d) Ausweichklausel (Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO)	190
e) Sicherheits- und Verhaltensregeln (Art. 17 Rom II-VO)	191
3. Besondere Kollisionsnormen für Sonderformen der unerlaubten Handlung	191
a) Produkthaftung (Art. 5 Rom II-VO)	191
b) Ansprüche aus unlauterem Wettbewerb (Art. 6 Rom II-VO)	192
c) Umweltschädigung (Art. 7 Rom II-VO)	192
d) Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums (Art. 8 Rom II-VO)	192
e) Arbeitskampfmaßnahmen (Art. 9 Rom II-VO)	193
4. Verschulden bei Vertragsverhandlungen (Art. 12 Rom II-VO)	193
10. Kapitel: Internationales Sachenrecht	194
A. Grundregel	194
1. Qualifikation	194
2. Lex rei sitae (Art. 43 Abs. 1 EGBGB)	194
3. Rückverweisung	195
4. Form	195

B. Ausnahmen	195
1. Geschäftsfähigkeit und Vertretung	195
2. Kollision von Kollisionsnormen	196
3. Transportmittel	196
 C. Statutenwechsel	 197
1. Bestehende Rechte	197
2. Versendungskauf	197
a) Eigentumserwerb	197
b) Eigentumsvorbehalt	198
c) Verlängerter Eigentumsvorbehalt	198
d) Res in transitu	198
 Sachregister	 201